

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 21

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

Vorschlag des Präsidiums

Artikel 21: [Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit]

(1) Die Union entwickelt eine Zusammenarbeit zwischen *allen für die innere Sicherheit* zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, einschließlich der Polizei, des Zolls und anderer *auf die Prävention oder die Aufdeckung von Straftaten sowie deren Ermittlung* spezialisierter Stellen.

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze betreffend

- das Einholen, Speichern, Verarbeiten, Analysieren und Austauschen sachdienlicher Informationen;
- die Aus- und Weiterbildung und den Austausch von Personal sowie Ausrüstungsgegenstände und Forschung;
- sonstige *nicht unter Absatz 3 fallende* Maßnahmen, die die Zusammenarbeit zwischen den in diesem Artikel genannten Behörden erleichtern.

Änderungsvorschlag

Artikel 21: [Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit]

(1) Die Union entwickelt eine Zusammenarbeit zwischen *den für die Prävention, Aufdeckung und Ermittlung von Straftaten* zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, einschließlich der Polizei, des Zolls und anderer spezialisierter Stellen.

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze betreffend

- das Einholen, Speichern, Verarbeiten, Analysieren und Austauschen sachdienlicher Informationen;
- die Aus- und Weiterbildung und den Austausch von Personal sowie Ausrüstungsgegenstände und Forschung;
- sonstige Maßnahmen, die die Zusammenarbeit zwischen den in diesem Artikel genannten Behörden erleichtern.

*(3) Der Rat kann einstimmig Gesetze und -
Rahmengesetze erlassen, die die operative
Zusammenarbeit zwischen den in diesem Artikel
genannten Behörden betreffen. Er beschließt
nach Anhörung des Europäischen Parlaments.*

Explanation (if any) :

Absatz 1:

Anpassung an die Fassung des Art. 30 EUV. Der Präsidiumsvorschlag ist missverständlich, da der Begriff der inneren Sicherheit sehr viel mehr als nur polizeiliche Tätigkeit umfasst. Das Kapitel 4 betrifft aber nur die "Polizeiliche Zusammenarbeit".

Absatz 3: Streichung.

Die Empfehlung der Arbeitsgruppe, auf die das Präsidium Bezug nimmt, betrifft die Wahrnehmung der operativen Befugnisse der nationalen Behörden auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats. Dies aber ist bereits Gegenstand des Art. 23 des Präsidiumsvorschlags.